

Weiterdenken...

Diskussionsimpulse des Julius-Leber-Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die „große“ und die „kleine“ Kultur im urbanen Raum – Perspektiven der Kulturpolitik in Deutschland

Fachtagung zur Kulturpolitik im Netzwerk von Bund, Ländern und Kommunen am 8. und 9. Februar 2013 in Bremen

Am 11. Dezember 2007 hat die Enquête-Kommission des Bundestages „Kultur in Deutschland“ ihren Schlussbericht vorgelegt. Anhand ausgesuchter Kernsätze könnte eine – subjektive – Zusammenfassung lauten:

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als Kulturnation und Kulturstaat. Dies drückt sich in der Kulturverantwortung der Kommunen, den Verfassungen der Länder und der Praxis des Bundes in seinem Kompetenzbereich aus. Die Kulturlandschaft in Deutschland steht unter einem zunehmenden Veränderungsdruck. Kulturelle Akteure und Institutionen müssen in zunehmendem Maße Rechenschaft über die Effizienz der Verwendung öffentlicher Mittel ablegen.

Doch im Zeitalter der Globalisierung und Internationalisierung bedarf es der identitätsstiftenden Wirkung von Kunst und Kultur. Kunst bietet Einsichten und Orientierungen. Damit wirken die Künste weit über die Sphäre der künstlerischen Kommunikation in die Gesellschaft und prägen deren menschliche Sinn- und Zwecksetzung. Und deshalb bedarf es einer Kulturpolitik, die sich als Gesellschaftspolitik versteht und daher Kunst und Kultur ermöglicht, verteidigt und mitgestaltet.

Fünf Jahre nach diesem Bericht ist in der Kulturpolitik einiges in Bewegung geraten, anderes wiederum hat sich kaum verändert. Für die kulturelle Daseinsvorsorge sind maßgeblich die Länder und Kommunen zuständig.

Nicht zuletzt die europaweite Finanzkrise hat gezeigt, dass der finanzielle Spielraum für diesen fakultativen Leistungsbereich sehr begrenzt bleiben wird. Es gilt, Entwürfe und Strategien zu finden, wie Kultur in Zukunft gefördert werden kann. Darin, dass es eine kulturelle Grundversorgung geben muss, sind sich alle einig – insbesondere da Kultur und Künste entscheidend den urbanen Raum mitprägen.

Doch Kritik an geringen Mitteln allein reicht nicht aus. Die Kultur in den Städten und auch das Rezeptionsverhalten der Menschen haben in den letzten Jahren Veränderungen durchgemacht, denen auch die Kulturpolitik mit ihrer Förderung Rechnung tragen muss.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat im Februar 2012 verschiedene Experten/-innen und Multiplikator/-innen zusammengebracht, um in Bremen – Land und Kommune zugleich – über die Zukunft der Kulturpolitik im Netzwerk von Bund, Ländern und Kommunen zu diskutieren. Was ist noch urbane (Sub-)kultur, was Hochkultur? Welche Leuchttürme leistet sich die Gesellschaft, wo bricht dagegen die kulturelle Grundversorgung weg? Welche Aufgaben haben der Bund und die Länder in der Kulturpolitik? Ist ein Kooperationsverbot in der Kulturpolitik noch zeitgemäß?

Beteiligt waren u. a. **Professor Dr. Nida-Rümelin**, Kulturstatsminister a. D.; die Kulturstatsrätin von Bremen, **Carmen Emigholz**; **Siegmond Ehrmann**, Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion; **Klaus Hebborn**, verantwortlich beim Deutschen Städtetag für das Thema Kultur; **Olaf Zimmermann**, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates e. V. und viele weitere Praktiker/-innen und Multiplikator/-innen. Geleitet hat die Tagung **Dr. Hans Dieter Heimendahl**, Kulturchef von Deutschlandradio Kultur.

Das vorliegende Impulspapier gibt die Ergebnisse der Fachtagung wieder. Wir möchten damit die Bedeutung des Politikfeldes „Kultur“ hervorheben und Anregungen geben, um die Kulturpolitik weiter zu entwickeln.

Frederic Werner



*Podiumsgäste, von links:
Prof. Michael Börgerding, Klaus Hebborn,
Dr. Hans Dieter Heimendahl, Carmen Emigholz,
Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin*

Podiumsdiskussion „Perspektiven der Kulturpolitik in Deutschland“

Grußwort: Dr. Andreas Bovenschulte, Landesvorsitzender der SPD Bremen

Es diskutierten:

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, Ludwig-Maximilian-Universität München, Kulturstaatsminister a. D.

Klaus Hebborn, Deutscher Städtetag

Prof. Michael Börgerding, Intendant Theater Bremen

Carmen Emigholz, Kulturstaatsrätin Bremen

Moderation: Dr. Hans Dieter Heimendahl, Journalist

Starke Worte für die Kultur

Mehr als einhundert Gäste waren ins Bremer Konsul-Hackfeld-Haus gekommen, um sich über den gegenwärtigen Zustand der Kulturpolitik in Deutschland auszutauschen. Doch zunächst erwartete die Gäste ein philosophischer Exkurs.

Haben Immanuel Kant und Friedrich Schiller etwas mit der SPD zu tun, mit einer aus der Arbeiterbewegung kommenden Partei? Diese Frage stellte Julian Nida-Rümelin, Professor für Philosophie in München und Kulturstaatsminister a. D., seinen Zuhörern, um gleich darauf hinzuweisen, dass eine sozialdemokratische Kulturpolitik um Kant und Schiller und deren Postulat von der gleichen Würde aller Menschen und der Freiheit überhaupt nicht herum komme. Die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft und die sich daraus ergebende Kreativität waren die Voraussetzung für den Entwicklungsschub, den Europa seit dem 18. Jahrhundert nehmen konnte. Kant und Schiller seien, so Nida-Rümelin, mit ihren Grundsätzen „gleiche Freiheit“ und „gleiche Würde“ die Ideengeber, aus denen die SPD ein politisches Programm schuf. Der Anspruch an die Kultur lässt sich immer noch unter der Losung „Kultur für alle“ zusammenfassen. Und „Kultur für alle“ bedeute heute auch mehr denn je Bildung für alle – und damit einen gleichen Zugang zu Chancen in unserer Gesellschaft.

Damit hatte Nida-Rümelin die inhaltliche Stoßrichtung des Abends vorgegeben, und in den folgenden anderthalb Stunden diskutierte das Podium mit Verve über Missstände und Chancen der „großen“ und „kleinen“ Kultur in deutschen Städten.

Klaus Hebborn vom Deutschen Städtetag wies wiederholt darauf hin, dass es mehr Kooperation zwischen Bund und Ländern geben müsse und der Bund sich im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse überall in Deutschland wieder mehr in der Kulturförderung engagieren müsse.

Das Kooperationsverbot, so Hebborn, müsse weg. Michael Börgerding, Intendant des Theaters Bremen, verwies auf die schöpferisch-ästhetische Dimension von Kultur, die sich nur bedingt in Zahlen messen und ausdrücken lasse, und sprach über den kulturellen Versorgungsauftrag seines Hauses.

Nida-Rümelin kritisierte, dass die Ausgaben für Kultur und Bildung in Deutschland im Vergleich zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes seit Ende der 1990er Jahre nicht zugenommen haben. Diesen Trend gelte es aufzuhalten und umzukehren, forderte Nida-Rümelin. Die deutsche Kulturlandschaft sei nicht nur in Europa, sondern weltweit einzigartig und ein wichtiger Teil unserer Identität, den wir uns nicht kaputt machen lassen dürften.

Kultur, das wurde an diesem Abend einmal mehr deutlich, ist vieles – sie ist Bildung, sie ist Identität, sie ist Menschenwürde und Voraussetzung einer freien und gleichen Gesellschaft. Eine gute Kulturpolitik muss deshalb in Zeiten allgemeiner Sparzwänge und knapper Budgets vor allem mutig

sein. Den Mut haben, sich frei nach Kant, ihres eigenen Verstandes und ihrer Freiheit zu bedienen.



Klaus Hebborn

Deutscher Städtetag

„Wir brauchen die Abschaffung des Kooperationsverbotes, damit auch der Bund sich wieder in der Kulturförderung insgesamt, auch im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse überall in Deutschland, engagieren kann.“

Interview mit Prof. Julian Nida-Rümelin

Gibt es einen typisch sozialdemokratischen Ansatz in der Kulturpolitik?

Das Hauptanliegen der sozialdemokratischen Bewegung seit 150 Jahren ist Inklusion. Es soll niemand ausgegrenzt werden, es soll eine Bürgerschaft entstehen, wo sich die Menschen als Gleiche auf gleicher Augenhöhe begegnen. Das hat eine kulturelle Dimension, die man nicht erst in den Siebziger Jahren entdeckt hat – die gab es von Anfang an. Die sozialdemokratische Bewegung beginnt ja als Bildungsbewegung und wird erst dann politischer, vor allem sozialpolitischer. Und ihr Kern ist: Wir wollen eine humane Gesellschaft, die nicht in Klassen zerfällt, wo alle teilhaben, wo niemand ausgegrenzt wird und sich die Menschen auf gleicher Augenhöhe, mit gleichem Respekt und gleicher Würde begegnen können.



Wie müsste eine so verstandene sozialdemokratische Kulturpolitik denn aussehen?

Sie darf Kultur vor allem nicht als staatlich geförderte und bereit gestellte Dienstleistung für „speziell Interessierte“ missverstehen, sondern in erster Linie als Beitrag zu einer freieren, humaneren Gesellschaft, in der die Menschen in der Partizipation an Kunst und Kultur sich selbst als Autorinnen und Autoren ihres eigenen Lebens sehen. Der Mensch ist eben nicht nur eine Maschine in einem Getriebe, wo es um Gewinn oder Nutzenmehrung geht, sondern er realisiert sich in seinem Leben letztlich erst dadurch, dass er ein ästhetisches, physisches, ethisches, soziales Wesen ist. Das ist der Kern sozialdemokratischer Kulturpolitik – sie ist für alle da, und nicht nur für eine bestimmte Klientel.

Gerade im Bereich der Kulturpolitik gilt das Verhältnis von Bund und Ländern als angespannt – Stichwort Kooperationsverbot. Was muss sich da ändern?

Im Zuge der beiden Föderalismusreformen hat es da eine Fehlentwicklung gegeben. Die Zielsetzung war, klare Verantwortlichkeiten zu schaffen. Aber mit der fein säuber-

lichen Trennung zwischen Bund und Ländern hat man einen Föderalismus eingeführt, bei dem die Länder miteinander konkurrieren – auch im Bereich der Kulturförderung. Mit folgenden Effekten: Erstens, auf nationaler Ebene gibt es keinen Adressaten mehr für die kulturpolitische Verantwortung. Aber einzelne Länder wie Nordrhein-Westfalen, Bayern oder wer auch immer können nicht für die kulturelle Dimension der Bundesrepublik verantwortlich sein! Zweitens, man hat Akteure mit sehr ungleichen Voraussetzungen in ein Konkurrenzrennen geschickt. Länder wie Bremen und das Saarland mit weniger als einer Million Einwohnern gegen das bevölkerungsreiche Nordrhein-Westfalen mit rund 17 Millionen. Reiche Länder wie Bayern und Baden-Württemberg gegen arme wie Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Nimmt man diesen Konkurrenzföderalismus ernst, führt er dazu, dass wir in Deutschland keine Solidarität, keine gemeinsame kulturelle oder sonstige Verantwortung mehr haben. Das Land würde sozial und kulturell an der Substanz auseinander fallen.

In Zeiten knapper Budgets kann sich die Kultur immer weniger den allgemeinen Sparauflagen entziehen. Die Politik argumentiert, alle müssten den Gürtel enger schnallen.

Ich plädiere dafür, aus der Defensive heraus zu kommen. Die Grundhaltung zu sagen, dieses Land kann sich Kultur in Form und Umfang der vergangenen Jahrzehnte heute nicht mehr leisten, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Deutschland verfügt heute über weit mehr Mittel als früher. Das BIP wächst und wächst, wenn auch mit langsamerer Steigerungsrate. Aber es wächst, und sinkt nicht! Wir haben große Aufgaben vor uns wie Integration und den demographischen Wandel, und wir müssen kulturelle Antworten auf diese Fragen finden. Deshalb würde ich eher umgekehrt sagen: Bildung, Kultur und Wissenschaft – das sind die Bereiche, die für die Entwicklung der Gesellschaft von besonders großer Bedeutung sind. Die Prioritäten müssen neu gesetzt werden.

Im Grunde hat es da seit den 1970er Jahren eine Fehlentwicklung gegeben. Wenn man den prozentualen Anteil der Bildungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt von 1977 und heute miteinander vergleicht, dann müssten wir heute 35 Milliarden Euro zusätzlich in die Bildung investieren, um das damalige prozentuale Niveau zu erhalten. Das ist, finde ich, eine Zielmarge, die man sich setzen kann – den prozentualen Anteil der Bildungsausgaben von 1977 wieder herzustellen. Mit der Kultur verhält es sich analog. Es ist doch überhaupt nicht einzusehen, warum die Aufwendungen des Staates als Ganzes – Bund, Länder und Gemeinden zusammen genommen – für Kultur prozentual zurückgehen sollen! Wenn sie prozentual nur auf demselben Niveau blieben, wären die meisten finanziellen Sorgen schon behoben.

Gemeinsam mehr erreichen – Konzept einer vernetzten Kulturförderung

Die Förderung von Kunst und Kultur auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten verlässlich zu gestalten – das ist das Anliegen der Initiative „Netzwerk Kulturförderung“, die die Bundesländer Hamburg und Bremen in den politischen Diskurs eingebracht haben. Im Zentrum steht die Forderung, die Ressourcen für die Kultur vor dem Hintergrund der Haushaltslage in Bund, Ländern und Gemeinden so optimal wie möglich einzusetzen. Dafür müssen die Instrumente der Förderpolitik grundlegend überdacht und überarbeitet werden. Erörtert wurde das Papier zunächst bei der Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bremen und im Anschluss im März 2013 bei der A-Länderbesprechung „Kultur“ in Berlin.

Für uns Sozialdemokraten ist Kultur ein herkunftsunabhängiges Bürgerrecht. Dies bedeutet, dass Menschen unabhängig vom sozialen Hintergrund der Zugang zu Kunst und Kultur ermöglicht werden soll. Dies ist gerade in Zeiten großer gesellschaftlicher Herausforderungen wie demographischem Wandel, Integration und der Absicherung kultureller Bildung wichtiger denn je. Die Beschäftigung mit Kunst und Kultur prägt nicht nur Werte, sondern stärkt Kreativität und fördert die Auseinandersetzungsbereitschaft von Menschen – Fähigkeiten, die dem lebenslangen Lernen zugeschrieben werden. Eben diese sind sehr schwer in Förderkategorien zu fassen.

Das Grundgesetz schreibt fest, dass die Kulturhoheit bei den Ländern liegt. In der Praxis der Kulturförderung ergeben sich allerdings eine Reihe von Abgrenzungs- und Kompetenzproblemen, die es zu regeln gilt. So haben die deutschen Großstädte und Kommunen seit Jahren mit immer schwieriger werdenden Finanzlagen zu kämpfen. Zusätzlich hinzutretende Aufgaben wie etwa der Rechtsanspruch für die Betreuung unter Dreijähriger engen die Spielräume weiter ein. Dies führt im so genannten freiwilligen Leistungsbereich – zu dem auch die Kultur gehört – teilweise zu dramatischen Einbrüchen. Es ist daher geboten, die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre kulturelle Infrastruktur nicht nur zu erhalten, sondern auch modernen Erfordernissen anzupassen, denn künstlerische und kulturelle Vielfalt werden von den Menschen als ein Wesensmerkmal ihrer Lebensqualität in einem urbanen Gemeinwesen begriffen. Dabei dürfen kommunale Pflichtaufgaben und freiwilliger Leistungsbereich nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Länder Hamburg und Bremen fordern daher eine abgestimmte Konzeption der Kulturförderung von Bund, Ländern

und Kommunen, um so einen zielgerichteten Mitteleinsatz zu ermöglichen. Dem steht bislang das so genannte „Kooperationsverbot“ entgegen. Dieses untersagt ein finanzielles Engagement des Bundes in Feldern, in denen die Länder allein zuständig sind und verhindert damit eine Abstimmung der Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen. Es muss dringend zugunsten einer gemeinsamen konzeptionellen Kulturförderung aufgehoben werden. Die Unterstützung von innovativen Projekten durch den Bund sollte bedingungslos, also ohne Komplementärfinanzierung durch die Länder, möglich sein. Darüber hinaus bedarf es – gleichfalls in Abstimmung mit den Ländern – eines verstärkten Engagements des Bundes bei der Finanzierung der freien Kulturszene. Dabei böte es sich an, die Modellprojekte der Bundeskulturstiftung offener zu gestalten. Bisher profitieren viel-

fach ohnehin schon finanziell gut ausgestattete Bereiche. Hier geht es darum, Förderprogrammatiken abzustimmen, den Denkmalschutz Kriterien zu unterwerfen, mögliche Folgekosten mitzubedenken und kritisch zu hinterfragen, ob die Repräsentanzkultur die Entwicklung der freien Künste wirtschaftlich verdrängen darf.

Die von Hamburg und Bremen angestoßene Initiative hat viel Unterstützung erhalten – die Diskussion darüber ist in den kommenden Monaten intensiv zu führen.



Carmen Emigholz

Kulturstaatsrätin Bremen

„Kultur ist ein Bürgerrecht!“

Carmen Emigholz, Kulturstaatsrätin Bremen



Älter, bunter, von allem weniger – eine Kulturinstitution erfindet sich neu

Ist die Kultur in der Krise? Sehen wir in Museen, im Theater- und Konzertbereich sinkende Schiffe, die in den nächsten Jahrzehnten untergehen werden? Oder können erfolgreiche Reformmodelle von Kultureinrichtungen im Sinne einer modernen Unternehmensführung dazu beitragen, dass Kultur nicht mehr nur als Kostenfaktor gesehen wird? Diese Frage warf Christian Kötter-Lixfeld, Intendant der Bremer Philharmoniker, in seinem Impulsreferat zum Fachtag Kulturpolitik auf, um sie am Beispiel der Bremer Philharmoniker zu beantworten.

Dieses Orchester, das auf eine nahezu 200jährige Geschichte zurück blicken kann und von berühmten Dirigenten geleitet wurde, geriet Ende der 1990er Jahre in eine existenzielle Krise. So, wie es bislang aufgestellt war, passte es nicht mehr in die Zeit. Es galt als unattraktiv, gesichtslos, unflexibel. Nicht ohne Grund. Damals waren die Bremer Philharmoniker eine nachgeordnete Dienststelle des Senators für Kultur, ein eigenes Management existierte nicht und aufgrund des Einstellungsstopps in der öffentlichen Verwaltung waren nur noch 74 Stellen im Orchester besetzt. Für große Symphonien mussten Orchesteraushilfen engagiert werden, die Ausgaben stiegen und die künstlerischen Leistungen verschlechterten sich. Das Orchester verlor etwa die Hälfte seiner Abonnenten und damit das konstante, finanzielle Rückgrat. Es hätte das Ende einer langen Tradition sein können.

Doch die Stadt Bremen entschied, dass man ein großes philharmonisches Orchester erhalten wolle – allerdings unter anderen Rahmenbedingungen. Es müsse erstens fortan wirtschaftlich effizienter arbeiten, zweitens neue Publikumskreise erschließen und drittens aus der öffentlichen Verwaltung ausgegliedert werden. So geschah es. 2002 wurden die Bremer Philharmoniker in eine GmbH umgewandelt, erhielten ein selbstverwaltetes Budget mit einem fünfjährigen Zuwendungsrahmenvertrag und ein eigenes Management. Heute, elf Jahre später, arbeite das Orchester auf der Basis moderner markt- und betriebswirtschaftlicher Strukturen äußerst erfolgreich, sagte Intendant Kötter-Lixfeld. Das Orchester sei aus eigener Kraft wieder voll spielfähig, die Abonnentenzahlen stiegen, die Auslastung im Konzertbereich liege bei fast 90 Prozent. Die Musiker seien in allen Gremien vertreten und in die künstlerischen und wirtschaftlichen Entscheidungen des Betriebs eingebunden.

Was hatten die Bremer Philharmoniker im Gegensatz zu den voran gegangenen Jahren anders gemacht? Sie haben sich neu positioniert, unterstrich Christian Kötter-Lixfeld, und zwar als das Orchester der Hansestadt Bremen. Dieses Bekenntnis hätten die Philharmoniker seitdem in unzähligen Aktivitäten vor Ort umgesetzt und modern wie innovativ kommuniziert. Mit attraktiven Angeboten gelang es, neue Stammkunden und Abonnenten zu gewinnen, und es wurden neue Konzertformate entwickelt: Die Afterwork-Konzerte „5nachsechs“ für Berufstätige und Pendler, die Reihe „philintensiv“ um ein herausragendes Thema in der Saison, die Matinée „11“ am Sonntagvormittag für Familien mit jungen Kindern, sowie das Gourmetkonzert „phil á la carte“ für Abonnenten. So erschloss das Orchester neue Besucherkreise.

Neben dem Aufbau der Marke Bremer Philharmoniker sei die Musikvermittlung für Kinder und Jugendliche zu einem wichtigen Schwerpunkt geworden, sagte Kötter-Lixfeld. Man habe aus den eigenen Reihen einen Nachwuchskoordinator benannt und ein Netz von Kooperationspartnern ermögliche die musikalische Basisförderung in Schulen, im Freizeitbereich sowie die Förderung junger Musiker. Die Philharmoniker seien pro Jahr an über 15 Grundschulen in und um Bremen präsent. Schulkonzerte, gemeinsame Projektwochen und das Realisieren von musikalischen Aufführungen bringen die Kinder und Jugendliche nicht nur in den Kontakt mit klassischer Musik und Instrumenten, sondern auch mit dem Orchester und seinen Musikern. In jeder Orchesterprobe sitze mindestens eine Schulklasse, höre zu und probiere aus.

Das Beispiel der Bremer Philharmoniker zeige, betonte Christian Kötter-Lixfeld, dass Bremen weitsichtig gehandelt und sich nicht panikartig dem Prinzip „Alles weg, was kostet“ unterworfen habe. Vielmehr habe die Stadt auf Investitionen gesetzt, die sich langfristig rechnen. Dahinter stehe die Überzeugung, dass erst durch die Künste und erst durch kulturelle Einrichtungen und kulturelles Leben eine Stadt von einer reinen Ansammlung von Gebäuden zu einem lebens- und liebenswerten Ort werde. Kultur sei, so Kötter-Lixfeld, mehr als ein Kostenfaktor – sie müsse als urbane und soziale Ressource verstanden und ernst genommen werden. Zugleich erfordere das von den betroffenen Akteuren einige Anstrengungen. Ohne eigenes Konzept, überzeugende Strategie und die Modernisierung der Betriebsabläufe wäre das Traditionsorchester nicht in der Lage gewesen, sich neue Perspektiven zu erspielen.



Workshop 1: Welche Förderung brauchen die Künste im urbanen Raum?

Es diskutierten:

Dr. Frauke von der Haar, Direktorin des Fockemuseums Bremen

Renate Heitmann, Geschäftsführerin der bremer shakespeare company

Olaf Zimmermann, Deutscher Kulturrat

Moderation: Dr. Hans Dieter Heimendahl

Unter welchen Bedingungen gegenwärtig in städtischen Räumen Kultur gemacht wird und vor welchen Herausforderungen die Kulturförderung in den kommenden Jahren steht, das diskutierten Vertreter der Bremer Kulturszene anderthalb Stunden lang mit anwesenden Bürgerinnen und Bürgern.

Olaf Zimmermann vom Deutschen Kulturrat wagte die These, dass „nichts gut sei an der Kultur in Deutschland“. Angesichts von demographischem Wandel und Einwanderung müsse die Kulturförderung grundsätzlich überdacht werden. Eine flächendeckende Kulturversorgung werde es in Deutschland nur noch geben können, wenn die Städte die Versorgung des Umlands mit übernehmen. Gleichzeitig müssten sich die Kulturangebote auf die wachsende Zahl von Migranten einstellen. Diese dürften nicht ausgeschlossen werden, forderte Zimmermann.

Auch wie sich neue Ideen im Kulturbereich angesichts etablierter Förderstrukturen langfristig durchsetzen können, wurde im Workshop diskutiert. Denn während die Kosten großer Institutionen wie Stadttheater und Museen steigen und die Mittel aus öffentlichen Haushalten sinken, bleibt faktisch nichts für freie Szene und Jugendkultur übrig. Etablierte Kulturinstitutionen machten es dem Nachwuchs schwer, viele förderungswürdige Initiativen verkümmerten ob der Mittelknappheit. Renate Heitmann von der bremer shakespeare company wies darauf hin, dass es besonders für unabhängige Institutionen wichtig sei, einen guten Kontakt zu ihrem Publikum aufzubauen, so dass es zum Stammpublikum wird.

Vor immensen Herausforderungen stehen aber auch große Institutionen, erklärte die Direktorin des Fockemuseums Bremen Frauke von der Haar. Einen Etat für Neuanschaffungen gebe es nicht mehr, dafür steige der Druck, herausragende und publikumswirksame Ausstellungen zu machen.

Ohne neue Exponate sei das langfristig aber nicht zu machen. Institutionen drohten zu erodieren, weil sie von öffentlicher Hand kaputt gespart werden, mahnte die Museumsleiterin. Statt den Bildungsauftrag zu erfüllen, verbringe sie weite Teile ihrer Zeit damit, darüber nachzudenken, wo sie Geld einwerben könne.



Olaf Zimmermann

Vorsitzender Kulturrat

„Der demographische Wandel ist eine fundamentale Herausforderung. In den städtischen Zentren werden wir auch in Zukunft ein vollständiges Kulturangebot zur Verfügung stellen können, aber auf dem Land werden wir immer mehr Lücken bekommen.“



Workshop 2: Was ist großstadtangemessene Kulturpolitik und wie kann der Bund die Länder und Kommunen dabei unterstützen?

Es diskutierten:

Prof. Michael Börgerding, Generalintendant des Theater Bremen

Siegmond Ehrmann, MdB

Carmen Emigholz, Kulturstaatsrätin Bremen

Moderation: Dr. Carsten Sieling, MdB

Im zweiten Workshop, an dem neben Kulturschaffenden auch Vertreterinnen und Vertreter der Landes- und Bundespolitik teilnahmen, wurde vor allem über die politischen Rahmenbedingungen von Kulturpolitik debattiert.

Im Zentrum der allgemeinen Kritik stand das Kooperationsverbot, das es dem Bund untersagt, sich finanziell in Bereichen zu engagieren, für die die Länder allein zuständig sind. Ausgaben für Bildung und Kultur müssen die Länder daher alleine stemmen. Doch das im Zuge der Föderalismusreform von 2006 eingeführte Verbot habe sich in der Praxis nicht bewährt, so die allgemeine Überzeugung – die Kommunen ächzten unter der Last der Ausgaben und seien immer weniger in der Lage, gestaltend in die Kulturpolitik einzugreifen. Alle Diskutanten waren sich einig, dass das Verbot abgeschafft werden müsse. Kulturstaatsrätin Carmen Emigholz wies darauf hin, dass Bremen und Hamburg gegenwärtig an einer Bundesratsinitiative arbeiteten, um das Verbot zu kippen.

Eine systematischere Gestaltung der Kulturpolitik forderte der Kulturpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Siegmund Ehrmann. Auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen geschehe viel Gutes, aber es sei nicht ausreichend miteinander abgestimmt. Er plädierte dafür, das niederländische Modell als Vorbild zu nutzen. Dort stelle der Staat die Infrastruktur, finanziere Häuser, Bühnen und Technik – und eine unabhängige Jury entscheide alle fünf Jahre neu, wer sich mit welchem Konzept an den jeweiligen Orten verwirklichen darf. Über Nutzungskonzepte in der Kultur müsse öffentlich debattiert, gestritten und

entschieden werden, sagte Ehrmann. Kritik ertete der Parlamentarier für diesen Ansatz vor allem von den anwesenden Kulturschaffenden.

Auch die Situation der freien Szene war Thema. Kulturstaatsrätin Emigholz rief dazu auf, über Modelle nachzudenken, wie man die Situation junger Künstlerinnen und Künstler verbessern könne, insbesondere von Absolventen der Musik- und Kunsthochschulen. Eine Stadt gewinne Attraktivität durch junge Künstler. Deshalb sollten Stipendien und Existenzgründungszuschüsse geschaffen werden, die es jungen Musikern und Künstlern ermöglichen, sich nach dem Abschluss eine eigene Existenz aufzubauen.



Dr. Carsten Sieling

MdB

„Die wesentliche Grundversorgung in der Kultur leisten die Großstädte und Gemeinden. Unsere Hauptaufgabe ist deshalb, dass wir Kommunen und Städte wieder in die Lage versetzen, wirklich Kulturpolitik zu betreiben und sie aus der Zinsknechtschaft befreien.“



Abschlussdiskussion

Mit allen Referentinnen und Referenten und zwei freien Stühlen zur Publikumsbeteiligung,
moderiert von Dr. Hans Dieter Heimendahl

Abschließend trafen sich die beiden Arbeitsgruppen, um die zentralen Thesen in großer Runde festzuhalten.

Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer, dass die Städte bei der Planung und Bereitstellung ihres Kulturangebots künftig stärker auf das Umland eingehen sollten. Es müssten langfristig Wege gefunden werden, wie das Umland an der Finanzierung des urbanen Kulturangebots beteiligt werden kann. Die Zentren stehen zunehmend in der Verantwortung, die kulturelle Versorgung für ganze Ballungsräume zu übernehmen.

Aufgeworfen wurde auch die Frage, ob die Kultur nun eine kommunale Selbstverwaltungsaufgabe oder ein staatlicher Auftrag sei. Die Kommunen, die bislang in der Verantwortung stehen, eine kulturelle Infrastruktur bereitzustellen, sind aufgrund überschuldeter Haushalte immer weniger in der Lage dazu. Um ihnen endlich wieder mehr Handlungsspielräume zu eröffnen, forderte der Bundestagsabgeordnete Carsten Sieling einen Altschulden-Tilgungsfond. Wenn der Bund Sozialstaat bestelle, müsse er auch dafür aufkommen. Dies allein auf die Kommunen abzuwälzen, sei unfair.

In der Frage, wie eine urbane Kulturförderung in Zukunft aussehen könnte, gingen die Meinungen dagegen auseinander. Sollte sie verstärkt Marktkriterien folgen oder weiterhin als Aufgabe der öffentlichen Hand verstanden werden? Aus der Wirtschaft stammende Förderkriterien könnten nicht auf den Kulturbereich überragen werden, forderten mehrere Bremer Kulturschaffende. Auch das Antragswesen, in dem genau begründet werden muss, was mit einem Kulturprojekt erreicht werden soll, wurde von ihnen kritisiert. Es verhindere schöpferisches, freies Kulturschaffen – Kultur müsse auch zweckfrei sein dürfen. Dies werde durch die Förderlandschaft aber verhindert. Öffentliche wie private Träger seien kaum noch willens, mehr als eine kurzfristige Projektfinanzierung bereit zu stellen. Weil aber eine systematische, institutionelle

Förderung fehlt, greife eine „Projekteritis“ um sich, die für alle Beteiligten – Antragsteller wie Gutachter – mit hohen Kosten verbunden ist. Ärgerlich sei zudem, dass die eingereichten Projekte einerseits möglichst innovativ, andererseits nachhaltig sein sollten. Hier mahnten die Bremer Kulturschaffenden mehr Realismus an: Ein Kulturprojekt sei keine eierlegende Wollmilchsaure!



Siegmond Ehrmann

MdB, Kulturpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

*„Mir liegt am Herzen,
die Kulturpolitik
systematischer zu gestalten.
Kommunen, Länder und
der Bund müssen gemeinsam
verabreden, was sie
angehen wollen, Schwerpunkte
bilden und über mehrjährige
Finanzierung reden.“*

Skeptisch zeigten sich die Diskussionsteilnehmer in Bezug auf ein stärkeres Engagement von privaten Sponsoren. Die Kultur in Deutschland wird von der öffentlichen Hand unterhalten, und das solle sich auch in Zukunft nicht ändern. Hoffnung, dass sich der öffentlich finanzierte Bereich eines Tages am Markt tragen werde, seien Augenwischerei – und zudem der falsche Ansatz. Allerdings sollten private Unternehmen ihren Teil zur Kulturförderung beisteuern, indem sie ordentlich Steuern zahlen. Denn jede Form von steuerlicher Entlastung von Unternehmen wirke sich auch auf die öffentliche Kulturförderung aus.

Eine interessante Diskussion entspann sich entlang der Frage, wie sich künftig mehr Solidarität zwischen großen Häusern und freien Einrichtungen organisieren lässt. Unter welchen Bedingungen wären Stadttheater und Museen, die künftig einen immer größeren Anteil am schrumpfenden Kulturretat in Anspruch nehmen werden, in der Lage, ihre Ressourcen zu teilen? Michael Börgerding, Intendant des Theaters Bremen, betonte, sein Haus wolle sich der freien Szene gegenüber öffnen und neue Formate ausprobieren – zugleich gebe es aber auch den Druck, konventionelles Theater zu machen. Er warf die Frage auf: Was ist der Grundversorgungsauftrag und was ist das Plus?

Am Ende der Diskussion war klar: Kulturpolitik funktioniert am besten dann, wenn die politischen Verantwortlichen sich eng mit den Akteuren darüber abstimmen, was sie wollen. Das geht am besten auf kommunaler Ebene. Finanziell zu stemmen ist die Kulturpolitik aber allein von dort aus nicht.

Referentinnen und Referenten der Fachtagung

Prof. Michael Börgerding: Jahrgang 1960, war Dramaturg und Regisseur in Göttingen, Hannover und Hamburg, außerdem Lehrbeauftragter an den Universitäten Hannover und Hamburg, seit der Spielzeit 2012/2013 ist er Generalintendant des Theaters Bremen.

Dr. Andreas Bovenschulte: Jahrgang 1965, Jurist, Erster Gemeinderat der Gemeinde Weyhe bei Bremen, seit 2010 Landesvorsitzender des SPD-Landesverbandes Bremen.

Dr. Frauke von der Haar: Jahrgang 1960, Studium der Volkskunde, Kunstgeschichte und Germanistik, ehemalige Kuratorin für den Schienenverkehr im Deutschen Museum in München, seit 2008 Direktorin des Fockemuseums Bremen.

Siegfried Ehrmann: Jahrgang 1952, Diplomverwaltungswirt (Personal- und Kulturdezernent der Stadt Moers a. D.), seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, stellvertretender Vorsitzender in der Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“, seit 2009 Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied im Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft.

Carmen Emigholz: Jahrgang 1962, Studium der Rechtswissenschaften und Politikwissenschaften, Staatsrätin beim Senator für Kultur der Freien Hansestadt Bremen, u. a. Aufsichtsratsvorsitzende der Bremer Philharmoniker und des Theaters Bremen und Vorsitzende des Stiftungsrats der start Jugend Kunst Stiftung Bremen.

Klaus Hebborn: Jahrgang 1956, Lehramtsstudium, seit 2006 Beigeordneter und Leiter des Dezernates Bildung, Kultur und Sport des Deutschen Städtetages, Mitglied des Stiftungsrates der Kulturstiftung des Bundes.

Renate Heitmann: Jahrgang 1960, Studium der Kulturwissenschaften und Anglistik/Amerikanistik, seit 1994 Mitglied der Theaterleitung der bremer shakespeare company.

Christian Koetter-Lixfeld: Jahrgang 1967, Studium der Rechtswissenschaften, zunächst tätig als Geschäftsführer der Deutschen Kammerakademie Neuss, seit 2002 bei den Bremer Philharmonikern und dort seit 2005 Intendant, nebenher u. a. Dozent für Kulturmanagement an der Hochschule Bremen.

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin: Jahrgang 1954, Studium der Philosophie, Physik, Mathematik und Politikwissenschaft, seit 2004 Professor für Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, von 1998 bis 2001 Kulturreferent der Stadt München, Kulturstaatsminister von 1998 bis 2002.

Dr. Carsten Sieling: Jahrgang 1959, Diplom-Volkswirt, 1995 in die Bremische Bürgerschaft gewählt, dort von 2005 bis zur Bundestagswahl 2009 Vorsitzender der SPD-Fraktion, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und dort Mitglied des Finanzausschusses.

Olaf Zimmermann: Jahrgang 1961, Kunsthändler, seit März 1997 Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates e. V. und Herausgeber der Zeitschrift des Deutschen Kulturrates Politik & Kultur, Mitglied der Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ und „Kultur in Deutschland“, Lehrauftrag zu Kulturpolitik in der Praxis an der Hochschule für Musik Franz Liszt in Weimar.

Programm

Diskussion, Freitag, 8. Februar 2013

Grußwort:

Dr. Andreas Bovenschulte

Vortrag: Perspektiven der Kulturpolitik in Deutschland

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Diskussion mit:

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin
Carmen Emigholz
Klaus Hebborn
Prof. Michael Börgerding

Moderation:

Dr. Hans Dieter Heimendahl

Fachtag, Samstag, 9. Februar 2013

Einführung

Christian Koetter-Lixfeld

Zwei parallele Workshops

I. Welche Förderung brauchen die Künste im urbanen Raum?

II. Was ist großstadtangemessene Kulturpolitik und wie kann der Bund die Länder und Kommunen dabei unterstützen?

Fishbowl-Abschlussdiskussion

Wie sollte zukünftige Kulturpolitik aussehen?

Mit allen Referentinnen und Referenten und zwei freien Stühlen zur Publikumsbeteiligung.

Moderation: Dr. Hans Dieter Heimendahl

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber: Julius-Leber-Forum · Büro für die Bundesländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein

Redaktion: Dr. Peter Hurrelbrink/Frederic Werner · Rathausmarkt 5 · 20095 Hamburg

Telefon 040/32 58 74-0 · Fax 040/32 58 74-30 · E-Mail hamburg@fes.de · www.julius-leber-forum.de

Texte: Raphael Jung, Frederic Werner · **Fotos:** Raphael Jung und Julius-Leber-Forum

Verantwortlich: Dr. Peter Hurrelbrink

ISBN 978-3-86498-535-5

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.